

mit Schwerpunkt **Energiemarkt**

ZEW DocNet qualifiziert Nachwuchswissenschaftler

Die Qualifizierung seiner Mitarbeiter ist dem ZEW seit jeher ein zentrales Anliegen. Der erste Karriereschritt für Nachwuchswissenschaftler, die meist direkt nach Abschluss ihres Hochschulstudiums ans ZEW kommen, ist daher die erfolgreiche Promotion; später folgt bei einigen die Habilitation. So haben seit Anfang des Jahres 2000 51 Mitarbeiter promoviert und sieben Mitarbeiter habilitiert. Um den Mitarbeitern die Fertigstellung ihrer Dissertation oder Habilitation zu erleichtern, gewährt das ZEW in vielen Fällen für einen gewissen Zeitraum ein so genanntes Sabbatical, also eine Freistellung von der „normalen“ Forschungsarbeit bei voller Bezahlung. Um in Zukunft auch die Teilnahme an universitären Doktorandenprogrammen noch stärker zu unterstützen, hat das ZEW das ZEW Doctoral Studies Network (ZEW DocNet) ins Leben gerufen.

In den vergangenen Jahren sind an den deutschen Universitäten immer mehr Doktorandenprogramme entstanden, an denen auch ZEW-Mitarbeiter teilgenommen haben. Dieser Weg zur Promotion ist inzwischen so wichtig geworden, dass das ZEW zusätzlich zur bisherigen Doktorandenförderung die Teilnehmer an Doktorandenprogrammen noch deutlich stärker als bisher fördern möchte. Dazu hat das Wirtschaftsforschungsinstitut das ZEW Doctoral Studies Network (ZEW DocNet) initiiert und Kooperationsverträge mit den Universitäten Mannheim, Konstanz und St.



Gallen geschlossen. Eine weitere Ausdehnung des ZEW DocNet, insbesondere auch auf universitäre Doktorandenprogramme in den EU-Partnerstaaten, soll in den kommenden Jahren erfolgen.

Das ZEW DocNet bietet Doktoranden der an ihm beteiligten Universitäten die Möglichkeit, sich durch die Mitarbeit am ZEW fundierte Kenntnisse in der anwendungsbezogenen empirischen Wirtschaftsforschung anzueignen. Das ZEW bietet hierzu gute Voraussetzungen, ist es doch aufgrund seiner Forschungsarbeit ein kompetenter Diskussionspartner innerhalb der Scientific Community sowie ein bei Ministerien und der EU-Kommission gefragter Anbieter für wirtschaftspolitische Beratungsleistungen.

Nachwuchswissenschaftler erhalten am ZEW die Chance einer wissenschaftlich anspruchsvollen, anwendungsbezogenen Mitarbeit in Forschungsprojekten, verbunden mit einer fundierten Weiterqualifizierung als Grundlage einer späteren Karriere in Wissenschaft, Wirtschaft, Ministerien und Organisationen. Eine intensive Betreuung der im Rahmen der Mitarbeit im ZEW angefertigten Dissertationen ist dabei sichergestellt. In den häufig international ausgerichteten

Projekten arbeiten die Doktoranden mit erfahrenen Mitarbeitern des ZEW und mit nationalen und internationalen Kooperationspartnern zusammen.

Die wissenschaftliche Weiterqualifizierung seiner Mitarbeiter ist dem ZEW wichtig. Die Teilnahme von Wissenschaftlern an wissenschaftlichen Konferenzen im In- und Ausland unterstützt das Forschungsinstitut daher ebenso wie die Mitarbeit in Forschungsnetzwerken und die Publikation von Beiträgen in Zeitschriften.

Wie viele und welche Doktoranden am ZEW im Rahmen des ZEW DocNet mitarbeiten können, hängt vom Personalbedarf des Forschungsinstituts, der wissenschaftlichen Ausrichtung der Doktoranden sowie von deren wissenschaftlicher Exzellenz ab. Die ersten fünf Teilnehmer des neuen Doktorandenprogramms stehen bereits fest.

Informationen zum ZEW DocNet im Internet: www.zew.de/zewdocnet

*Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz,
franz@zew.de*

IN DIESER AUSGABE

ZEW DocNet qualifiziert Nachwuchswissenschaftler	1
Kulturelle Stolpersteine bei der Internationalisierung von Innovationen	2
Haushaltspolitik der neuen EU-Staaten	3
Selbstständigkeit in Europa rückläufig	4
ZEW Summer Workshop 2006: EU-Staaten im Fiskalwettbewerb	5
ZEW intern, Termine, Neuerscheinungen	6
Daten und Fakten	7
Standpunkt	8

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Kulturelle Stolpersteine bei der Internationalisierung von Innovationen

Viele Unternehmen haben im Zuge der Globalisierung Teile ihrer Wertschöpfung an spezialisierte Zulieferer im Ausland ausgelagert („Outsourcing“ und „Offshoring“). Diese Veränderungen betrafen bislang vor allem die Produktion und Beschaffung. Der Globalisierungstrend erfasst nun zusehends auch die Forschung und Entwicklung (FuE). Immer mehr Unternehmen versuchen, Brückenköpfe im Ausland zu etablieren, die das Wissen vor Ort für die multinationale Unternehmung als Ganzes erschließen. Das ZEW hat die kulturellen Reibungsverluste untersucht, die bei dieser Internationalisierung von Innovationsaktivitäten entstehen können.



Den ausländischen FuE-Zentren fällt die besondere Rolle zu, Know-how aufzuspüren, aufzunehmen und einzuordnen. Diese Aufgabe ist im Innovationsprozess herausfordernd, da wesentliche Erfolgsfaktoren vage und latent bleiben. Häufig sind Experimente, Fehlschläge und die daraus gezogenen Lehren zentrale Komponenten des Innovationserfolgs. Dieses Wissen kann nur unzureichend schriftlich fixiert oder gespeichert werden, sondern bündelt sich vor allem in den Köpfen der Wissenschaftler vor Ort. Die Ansiedlung von FuE-Zentren im Ausland ist ein erster Schritt, um von diesen Wissensflüssen zu profitieren.

Damit sind aber lediglich die Voraussetzungen geschaffen. Kontakte mit Know-how-Trägern in Unternehmen und Universitäten müssen gezielt geknüpft und gepflegt werden. Der eigentliche Wissenstransfer vollzieht sich häufig durch die Beschäftigung lokaler Talente und gemeinsame Forschungsprojekte.

Es ist also notwendig, dass das multinationale Unternehmen Innovationsinitiativen im Gastland betreibt, um lokal gebundenes Wissen aktivieren und transportieren zu können. Gelingt dies, so kann die ausländische Niederlassung zur „Innovationspipeline“ werden, die Wettbewerbsvorteile für die multinationale Unternehmensgruppe als Ganzes generiert.

Der Erfolg der Auslandsinitiativen hängt also insbesondere von den lokalen Innovationsprojekten ab und inwiefern es ihnen gelingt, sich in bestehende Netzwerke und Wissensflüsse zu integrieren. Die heimischen Unternehmen und ihre Mitarbeiter haben während ihrer Entwicklung Praktiken, Routinen und Strukturen entwickelt, die maßgeschneidert in das lokale soziale, kulturelle und rechtliche Umfeld passen. Diese ungeschriebenen Regeln und Normen sind für ausländische Unternehmen nur schwierig zu erlernen, und sie schlagen

sich in geringerer Effizienz und Effektivität nieder.

Das ZEW hat aus diesem Grund eine Studie zu diesen Auslandsnachteilen („liability of foreignness“) im Innovationsprozess unter 1.000 Unternehmen in Deutschland durchgeführt. Zehn Prozent der Unternehmen besitzen ihr Hauptquartier im Ausland. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass ausländische Forschungsprojekte nicht häufiger in der Mobilisierungsphase scheitern als bei deutschen Unternehmen. Das heißt ausländischen Unternehmen fehlt es nicht an Ideen oder der Bereitschaft, Innovationsprojekte anzustoßen.

Kulturelle Reibungsverluste

Die kulturellen Reibungsverluste werden vielmehr deutlich, wenn diese Projekte mit geeigneten Ressourcen versehen werden müssen, also in den Auswahl-, Planungs- und Managementphasen. Als Indiz für die mangelnde Treffsicherheit in der Projektselektion dient die gesteigerte Abbruchwahrscheinlichkeit von ausländischen Innovationsprojekten in Deutschland. Darüber hinaus werden diese Projekte signifikant häufiger überzogen als die deutsche Vergleichsgruppe, was die ZEW-Wissenschaftler darauf zurückführen, dass die Vergabe- und Budgetrichtlinien in multinationalen Unternehmen häufig internationalen Standards folgen, die nicht nahtlos in den deutschen Kontext passen. Die Reibungsverluste schlagen sich in der Notwendigkeit nieder, Projektprioritäten und -budgets nachzuzustieren. Um Erfolgspotenziale von Innovationsprojekten im Ausland zu optimieren, sollte die Suche nach neuem Wissen im Ausland nicht darauf beschränkt bleiben, „was“ im Ausland erforscht wird, sondern auch, „wie“ die Projekte erfolgreich gestaltet und organisiert werden.

Wolfgang Sofka, sofka@zew.de

Haushaltspolitik der neuen EU-Staaten: Baltische Staaten, Slowenien führend

Mit Slowenien wird im Januar 2007 der erste der neuen EU-Mitgliedstaaten den Euro einführen. In der Prüfung, inwieweit die neuen EU-Staaten reif für den Beitritt zur Europäischen Währungsunion sind, spielt die budgetäre Performance – gemessen am Defizit- und Schuldenstandskriterium – eine wichtige Rolle. In diesem Zusammenhang hat das ZEW in Zusammenarbeit mit dem Osteuropa-Institut München im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen die Haushaltspolitik in den neuen EU-Staaten umfassend untersucht.

Ausgangspunkt der Studie war die Erkenntnis, dass die isolierte Betrachtung von Defizit- und Schuldenstandsdaten wenig über den wirklichen Zustand der öffentlichen Finanzen eines Landes aussagt. Derartige Daten sind immer nur eine Momentaufnahme, die ohne weitere Informationen nur bedingt Rückschlüsse über den langfristigen Trend und die Nachhaltigkeit der Haushaltspolitik zulassen. Vor diesem Hintergrund ist in der Studie ein Methodenmix aus institutionellen und quantitativen Methoden zur Anwendung gekommen.

So wurde beispielsweise untersucht, mit welcher Genauigkeit die neuen Mitgliedstaaten in den vergangenen Jahren die Entwicklung ihrer Budgets prognostiziert haben. Defizite, die ständig deutlich über den Prognosen liegen, deuten auf eine mangelnde Steuerungsfähigkeit in der Haushaltspolitik und somit auf ernsthafte institutionelle Schwächen hin. Außerdem wurde berechnet, inwieweit es Diskrepanzen zwischen der Veränderung der öffentlichen Schuldenstände und den ausgewiesenen Defiziten gegeben hat (Analyse der so genannten „Stock flow adjustments“). Große Diskrepanzen können unter Umständen Hinweise auf Maßnahmen der Bilanzkosmetik geben.

Anhand einer Simulationsrechnung wurde des Weiteren abgeschätzt, in welchem Umfang die neuen EU-Staaten durch zufließende Transfers im Rahmen des EU-Budgets profitieren. Schließlich wurde außerdem die Struktur von Konsolidierungsmaßnahmen untersucht; die Erfahrungen mit Konsolidierungs-

versuchen anderer Industrieländer zeigen, dass es bei solchen Bemühungen im Hinblick auf den dauerhaften Erfolg insbesondere darauf ankommt, an welcher Stelle Einsparungen vorgenommen werden. So sind beispielsweise Kürzungen der Investitionshaushalte in aller Regel weniger Erfolg versprechend als Kürzungen von Subventionen oder Sozialtransfers.

Keine Anhaltspunkte für regelwidrige Manipulation

Im Ergebnis zeigt sich, dass es keine Anhaltspunkte dafür gibt, dass budgetäre Daten durch die neuen EU-Staaten regelwidrig manipuliert würden. Für viele Länder immer noch kritisch einzuschätzende Felder fiskalischer Intransparenzen sind allerdings Staatsgarantien und Kapitalzuführungen als versteckte Subventionen sowie, in Zukunft verstärkt, Instrumente zur Beteiligung der Privatwirtschaft im Infrastrukturbereich im Rahmen von Public-Private-Partnerships.

Im Vergleich zwischen den zehn neuen EU-Staaten zeigt sich im Hinblick auf die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik ein sehr differenziertes Bild. Fast übereinstimmend unterstreichen die Kriterien, die zur Analyse der aktuellen Budgetpolitik herangezogen werden (bestätigt auch durch eine Reihe von Expertengesprächen), dass sich die baltischen Staaten und Slowenien in einer fiskalisch vergleichsweise stabilen Situation befinden. Demgegenüber rangiert Ungarn mit seinen chronisch defizitären öffentlichen Haushalten, seiner ständigen

Nichteinhaltung von Konsolidierungsankündigungen und auch mit einer unvorteilhaft erscheinenden Konsolidierungsstruktur am unteren Ende der Skala.

Empfehlungen

Die Ergebnisse der Studie resultieren in folgenden Schlussfolgerungen und Empfehlungen:

- Zur Verbesserung der Kommunikation während der Budgetaufstellung und der Kontrolle des Budgetvollzugs durch nationale Instanzen (Rechnungshof, Nationalbank usw.) ist ein möglichst schneller Übergang in den nationalen Buchungssystemen zur periodengerechten Abrechnung gemäß ESVG95 anzustreben.
- Die Europäische Kommission/Eurostat sollte ein breiteres Serviceangebot verfügbar machen, um bereits während der Budgetaufstellung Statistikprobleme zu diskutieren. Die bisherige ex-post-Überprüfung von budgetären Tatbeständen (mit teilweise jahrelangen Verzögerungen) ist durch eine ex-ante-Einschätzung zu ergänzen. Auf diese Weise würde man der nationalen Haushaltspolitik helfen, (unverschuldete) öffentliche Vorwürfe der Bilanzkosmetik zu vermeiden.
- Vordringlich ist die weitere Fortentwicklung der nationalen statistischen Behörden zu weitgehend unabhängigen und selbstbewussten Institutionen. Der von der Kommission empfohlene Verhaltenskodex zu den Anforderungen an unabhängige und integrierte Statistikbehörden ist eine zielführende Idee, die nachdrückliche Unterstützung verdient.

Die Executive Summary im Internet: <ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/Kurzfassung-englisch-20060505FHE.pdf>

Dr. Friedrich Heinemann,
heinemann@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Selbstständigkeit in Europa rückläufig

In Europa ist die Anzahl der Selbstständigen seit den 1990er Jahren rückläufig. In Deutschland hingegen ist sie gestiegen; insbesondere die Anzahl der Einpersonenernehmen hat zugenommen. Eine aktuelle Studie des ZEW (ZEW Discussion Paper No. 006-15) analysiert Ursachen dieser gegenläufigen Entwicklungen. Paneldatenanalysen geben einen Hinweis darauf, dass die Anzahl der Selbstständigen in der EU 15 mit der Anzahl der Arbeitslosen steigt und mit steigendem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf abnimmt. Eine höhere Staatstätigkeit, gemessen in Form der Steuerquote, verringert die Anzahl der Selbstständigen.

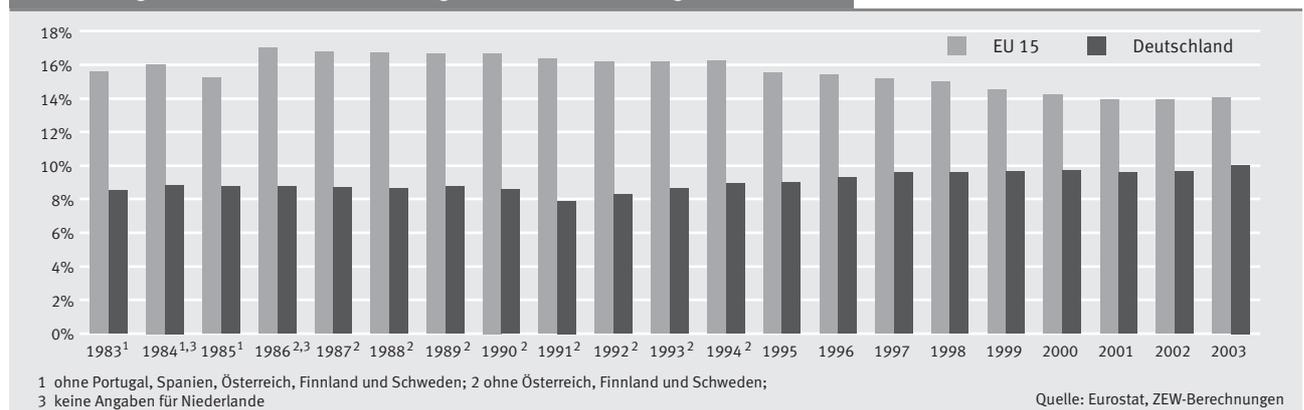
In den Ländern der EU 15 ist die Selbstständigengquote, das heißt der Anteil der Selbstständigen an allen Erwerbstätigen, zwischen 1991 und 2003 von 16 auf 14 Prozent gefallen. Hinter

hängige Beschäftigung beeinflussen demnach die Anzahl der Selbstständigen positiv. Der Einfluss des BIP pro Kopf hingegen ist negativ. Dies deutet auf die Opportunitätskosten einer selbstständigen

beschäftigten bei. Niedrige Realzinsen und eine niedrigere Steuerbelastung scheinen ebenfalls förderlich zu wirken. Eine Zunahme des Pro-Kopf-Einkommens verringerte hingegen die Anzahl der Selbstständigen mit Beschäftigten.

Arbeitslosenanzahl und BIP pro Kopf beeinflussen die Anzahl der Selbstständigen mit Beschäftigten weniger stark als die Anzahl der Selbstständigen insgesamt. Die Ergebnisse legen daher in der Summe die Vermutung nahe, dass Arbeitslose eher Unternehmen gründen, die keine weiteren Beschäftigten haben.

Entwicklung des Anteils der Selbstständigen an den Erwerbstätigen



dieser Entwicklung verbirgt sich eine erhebliche Heterogenität in den einzelnen Ländern. Während die Anzahl der Selbstständigen in knapp der Hälfte der Länder zurückgegangen ist, hat sie beispielsweise in Deutschland zugenommen. Empirische Ursachen dieser Entwicklung schätzt eine neue ZEW-Studie mit Paneldatenmethoden. Abhängige Variable war die absolute Anzahl der Selbstständigen, die mit den Variablen Anzahl der Arbeitslosen und der Beschäftigten, Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf, Realzins sowie durchschnittliche und marginale Steuerabgabenlast erklärt wird.

Die Paneldatenschätzung gibt einen Hinweis darauf, dass ein Anstieg der Anzahl der Arbeitslosen um 1 Prozent die Anzahl der Selbstständigen um 0,3 Prozent erhöht, ein Anstieg der Anzahl der abhängig beschäftigten Arbeitnehmer um 0,6 Prozent. Arbeitslosigkeit und ab-

hängige Erwerbstätigkeit in einer kapitalintensiven Volkswirtschaft mit relativ hohen Arbeitsverdiensten hin. Eine höhere Staatstätigkeit, gemessen in Form der Steuerquote und in Form der durchschnittlichen Abgabenlast, führt ebenfalls zu einer sinkenden Anzahl der Selbstständigen.

Selbstständige mit Beschäftigten

Eine weitere Schätzung untersucht den Einfluss der Determinanten auf die Anzahl der Selbstständigen mit Beschäftigten, die aus beschäftigungspolitischen Gründen von besonderem Interesse sind. Im Jahr 2003 haben im Mittel 39 Prozent der Selbstständigen in der EU 15 weitere Beschäftigte (1991: 38 Prozent). In den Ländern der EU 15 trug steigende Arbeitslosigkeit zu einem Anstieg der Anzahl der Selbstständigen mit Be-

Die massive Förderung arbeitsloser Gründer in Deutschland seit den 1990er Jahren hat somit vorwiegend eine Zunahme der Einpersonenernehmen bewirkt.

Die Entwicklung in Europa zeigt ferner, dass Selbstständigkeit an sich nicht unbedingt eine geeignete Zielgröße der Wirtschaftspolitik ist. Ein Rückgang der Selbstständigkeit muss nicht nachteilig sein, eine Zunahme nicht notwendigerweise förderlich. Die Wirtschaftspolitik in Deutschland könnte sich wieder darauf besinnen, dass die politische Integration Europas die wirtschaftliche Integration beschleunigt und die Märkte vergrößert. Mit dieser Vergrößerung nehmen die Skalenerträge zu, die in der Regel durch das Entstehen großer Unternehmen ausgeschöpft werden können.

Kathrin Göggel, f.goegge@zew.de
PD Dr. Friedhelm Pfeiffer, pfeiffer@zew.de

ZEW Summer Workshop 2006: EU-Staaten im Fiskalwettbewerb

Ökonomische Fragen des Fiskalwettbewerbs innerhalb der Europäischen Union standen im Mittelpunkt des diesjährigen ZEW Summer Workshops. Die Veranstaltung, die vom 14. bis 17. Juni 2006 am ZEW in Mannheim stattfand und finanziell von der Deutschen Forschungsgemeinschaft unterstützt wurde, bot 15 Nachwuchswissenschaftlern Gelegenheit, ihre Arbeiten vorzustellen, zu diskutieren und von erfahrenen Wissenschaftlern Ratschläge für die weitere Arbeit zu erhalten.

Am ersten Tag des ZEW Summer Workshops 2006 wurden im Rahmen der Präsentationen der Nachwuchswissenschaftler die Themen soziale Sicherungssysteme und Migration sowie die Effizienz öffentlicher Leistungserstellung diskutiert. Daneben wurden vor allem Arbeiten auf dem Gebiet des Steuerwettbewerbs vorgestellt. Makroökonomische Fragestellungen standen am zweiten Tag im Vordergrund. Neben Analysen zur Fiskalpolitik in OECD-Staaten wurden auch Arbeiten zu den Auswirkungen von Globalisierung und Handelsintegration präsentiert. Der dritte Tag des Workshops stand ganz im Zeichen der Unternehmensbesteuerung, wobei insbesondere die Auswirkungen internationaler Steuerpolitik auf multinationale Firmenaktivität diskutiert wurden.

Überblicksvorlesungen

Neben den Präsentationen des wissenschaftlichen Nachwuchses waren Überblicksvorlesungen zu verschiedenen Dimensionen der Fragestellungen die zweite Säule der Veranstaltung. Professor Holger Sieg von der Carnegie Mellon Universität in Pittsburgh, USA beleuchtete neuere Entwicklungen auf dem Gebiet der empirischen Finanzwissenschaft. Professor Jürgen von Hagen von der Universität Bonn setzte sich aus-

fühlich mit der Frage auseinander, inwieweit fiskalische Institutionen die makroökonomische Entwicklung von Volkswirtschaften beeinflussen. Professor Michael Devereux von der Universität

Warwick schließlich bot einen ausführlichen Überblick über die neueste Literatur zur Theorie und Empirie des internationalen Steuerwettbewerbs.

Sebastian Hauptmeier, hauptmeier@zew.de

Dritter Heinz-König-Young-Scholar-Award an Benny Geys vergeben

Zum Abschluss des ZEW Summer Workshops 2006 wurde der Heinz-König-Young-Scholar-Award für das beste Papier der Veranstaltung vergeben. In diesem Jahr wurde die Auszeichnung Benny Geys, wissenschaftlicher Mitar-

Bürger durchaus zur Kenntnis nehmen, welche Gebietskörperschaften bei der Erbringung von Leistungen für die Bürger effizient arbeiten und welche nicht. Geys zeigt, dass diese Einschätzungen der Bürger deren Wahl-

verhalten beeinflusst und somit die politischen Akteure unter Druck setzen kann.

In dieses Bild passt ein weiteres zentrales Ergebnis der Untersuchung. Es zeigt sich, dass um eine effiziente Gebietskörperschaft herum ebenfalls effiziente Gebietskörperschaften zu finden sind, was nahe legt, dass Effizienz durchaus auch räumliche Aus-



Ingolf Prüfer, Deere & Company European Office (links), und Benny Geys, WZB Berlin.

beiter am WZB Berlin, zuerkannt. Die mit einem Preisgeld in Höhe von 5.000 Euro und einem Forschungsaufenthalt am ZEW verbundene Auszeichnung erinnert an Heinz König, den Gründungsdirektor des ZEW. Sponsor des Preises war in diesem Jahr die Deere & Company European Office, Mannheim.

In seinem prämierten Papier „Looking across Borders: A Test of Spatial Interdependence using Local Government Tax Efficiency Ratings“ verwendet Geys moderne Verfahren der räumlichen Ökonometrie. Er zeigt am Beispiel flämischer Gemeinden, dass die

strahlung besitzt. Die Studie macht somit deutlich, dass von einem Wettbewerb bezüglich der Effizienz lokaler Leistungserstellung ausgegangen werden kann.

Ingolf Prüfer, Personaldirektor der Deere & Company European Office, würdigte in seiner Laudatio den methodischen Tiefgang und die wirtschaftspolitische Relevanz von Geys' Arbeit. Die Analyse erweitere zudem die bestehende empirische Literatur, die sich bisher nur mit Steuer- oder Ausgabenwettbewerb auseinandergesetzt habe.

ZEW INTERN

Neugestaltung der ZEW-Internetseite bringt Einstieg in die Barrierefreiheit

Seit dem 22. Mai 2006 präsentieren sich die Internetseiten des ZEW (www.zew.de) in neuem, modernem Design. Umgesetzt wurde dieses mit den zukunftsfähigen Webstandards XHTML und CSS. Ein besonderes Anliegen war dem ZEW bei der Neugestaltung seines Internetauftritts der Einstieg in die Barrierefreiheit. Diese zielt darauf ab, Nutzern unabhängig von ihren körperlichen oder technischen Möglichkeiten einen weitgehend uneingeschränkten Zugriff auf das Internetangebot zu geben.

Die Grundlage für die Umsetzung der Barrierefreiheit der ZEW-Seiten bilden die Vorgaben der „Barrierefreien Informationstechnik-Verordnung“ (BITV) und die „Empfehlungen des W3C/WAI“. Nach dem jetzt erfolgten Einstieg in die barrierefreie Gestaltung des ZEW-Internetauftritts werden sukzessive weitere Anpassungsmaßnahmen erfolgen, um Schritt für Schritt die vollständige Barrierefreiheit der ZEW-Webseite zu erreichen. Die Umsetzung des barrierefreien Layouts erfolgte durch die Südpfälzer Agentur „blindwerk – neue medien“, Rhodt unter der Rietburg (www.blindwerk.de).

Im Rahmen der Neugestaltung wurde die Benutzerfreundlichkeit der ZEW-Webseite weiter erhöht, sowohl durch eine neue Navigationsstruktur als auch durch Hinzufügung einer Sitemap. Ebenfalls neu hinzugekommen sind Hilfeseiten und die Möglichkeit, auf der ZEW-Webseite mit Hilfe der Tastatur zu navigieren.

Ansprechpartnerin: Yvonne Vetter, vetter@zew.de

Neue Konjunkturumfrage des ZEW für die Schweiz in Zusammenarbeit mit Credit Suisse

Das ZEW hat in Zusammenarbeit mit Credit Suisse (CS) erstmalig einen Finanzmarkttest, eine Umfrage unter Finanzmarktexperten, für die Schweiz durchgeführt. Eine analoge monatliche Untersuchung für Deutschland führt das ZEW seit 1991 durch. Ziel der Schweizer Umfrage ist, Indikatoren sowohl für das allgemeine Konjunkturklima der Schweiz als auch für den schweizerischen Dienstleistungssektor zu entwickeln. In der Umfrage werden auch die Zinserwartungen für die Schweiz im Vergleich zum Eurogebiet erfasst.

Im Einzelnen werden die Finanzexperten nach ihren mittelfristigen Erwartungen befragt, die sie für wichtige internationale Finanzmärkte hinsichtlich der Entwicklung der Konjunktur, der Inflationsrate, der kurz- und langfristigen Zinsen, der Aktienkurse und der Wechselkurse haben. Die Finanzmarktexperten geben bei ihren Antworten nur qualitative Tendenz einschätzungen bezüglich der Veränderungsrichtung ab. Bei den beurteilten Finanzmärkten handelt es sich um die Schweiz, Deutschland, das Eurogebiet, die Vereinigten Staaten, Japan und Großbritannien. Zusätzlich werden die Finanzexperten um eine Einschätzung der Ertragslage der Unternehmen in folgenden schweizerischen Dienstleistungsbranchen gebeten: Banken, Versicherungen, Konsum/Handel, Telekommunikation und Gesamt.

Ansprechpartner: Dr. Michael Schröder, schroeder@zew.de

EXPERTENSEMINARE

- 25.7.2006 Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)
- 2.8.2006 Veranstaltungsreihe „Training for IFRS“ (in Zusammenarbeit mit der Ernst&Young AG): Grundlagen und Hierarchien

ZEW-Expertenseminare im Internet: www.zew.de → Expertenseminare
Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail pauli@zew.de

ZEW NEUERSCHEINUNGEN

No. 06-022, Marcus Kappler: Panel Tests for Unit Roots in Hours Worked.

No. 06-023, Uwe Jirjahn, Kornelius Kraft: Do Spillovers Stimulate Incremental or Drastic Product Innovations? – Hypotheses and Evidence from German Establishment Data.

No. 06-024, Anja Kuckulenz: Continuing Vocational Training in Germany – A Comparative Study Using 3 German Data Sets.

No. 06-025, Anja Kuckulenz: Wage and Productivity Effect of Continuing Training in Germany: A Sectoral Analysis.

No. 06-026, Henrik Winterhager: Private Job Placement Services – A Microeconomic Evaluation for Germany.

No. 06-027, Andreas Ammermüller, Jörn-Steffen Pischke: Peer Effects in European Primary Schools: Evidence from PIRLS.

No. 06-028, Helmut Fryges: The Export-Growth Relationship: Estimating a Dose-Response Function.

No. 06-029, Wolfgang Sofka: Innovation Activities Abroad and the Effects of Liability of Foreignness: Where it Hurts.

No. 06-030, Stefan Boeters, Christoph Böhringer, Thiess Büttner, Margit Kraus: Economic Effects of VAT Reform in Germany.

No. 06-031, Karsten Kohn: Rising Wage Dispersion, After All! The German Wage Structure at the Turn of the Century.

No. 06-032, Joachim Grammig, Andreas Schrimpf: Consumption-Based Asset Pricing with a Reference Level: New Evidence from the Cross-Section of Stock Returns.

No. 06-033, Dirk Czarnitzki, Kornelius Kraft: R&D and Firm Performance in a Transition Economy.

No. 06-034, Andreas Ammermüller, Anja Kuckulenz, Thomas Zwick: Aggregate Unemployment Decreases Individual Returns to Education.

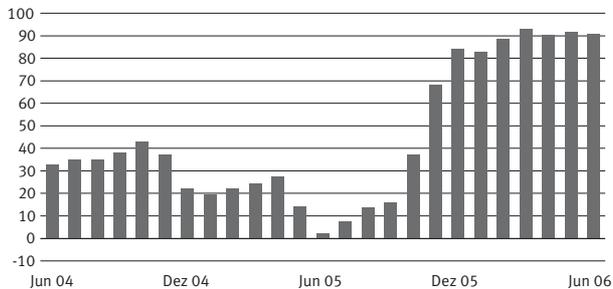
No. 06-0035, Ronald McKinnon: China's Exchange Rate Appreciation in the Light of the Earlier Japanese Experience.

No. 06-037, Birgit Aschhoff, Andreas Fier, Heide Löhlein: Detecting Behavioural Additivity – An Empirical Study on the Impact of Public R&D Funding on Firms' cooperative Behaviour in Germany.

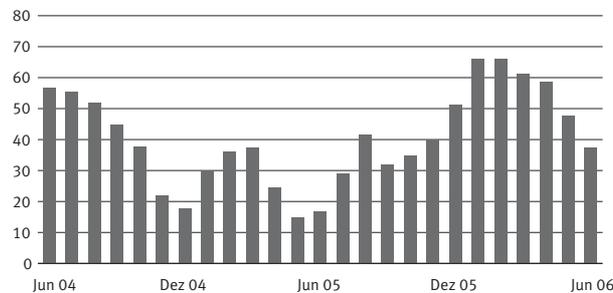
No. 06-038, Georg Metzger: Afterlife – Who Takes Heart for Restart?

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im Juni 2006



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

EZB: Fortführung der Zinserhöhungen erwartet

Die EZB hat den Leitzins in ihrer Sitzung vom 8. Juni 2006 auf 2,75 Prozent angehoben. Dennoch bestehen Gefahren für die Preisstabilität aufgrund des hohen Ölpreises und der weiterhin reichlichen Liquiditätsausstattung im Euroraum. Als Folge dieser Entwicklungen hält die EZB inzwischen Inflationsraten von bis zu 2,5 Prozent für möglich, welche deutlich über der mit Preisstabilität vereinbarten Rate von nahe, aber unter 2 Prozent liegen würde. Dementsprechend rechnen mehr als 90 Prozent der Analysten mit weiteren Zinserhöhungen.

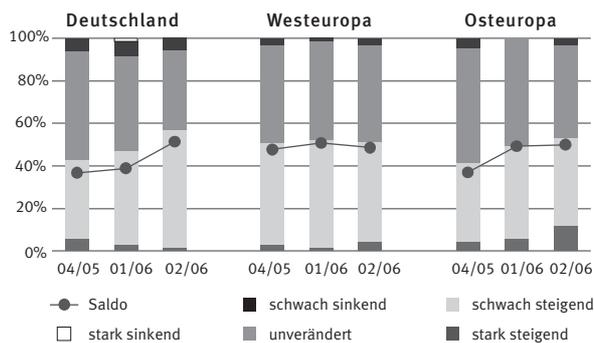
Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

Euroraum: Ölpreis belastet Konjunktur

Die ZEW-Konjunkturerwartungen für den Euroraum sind im Juni ein weiteres Mal deutlich gefallen. Der Saldo aus Optimisten und Pessimisten bezüglich der konjunkturellen Lage in sechs Monaten sinkt um 10,4 auf 37,3 Punkte. Insbesondere der hohe Ölpreis dürfte sich mittelfristig belastend auf die Konjunktur auswirken. Weiterhin verteuert die jüngste Zinserhöhung der EZB Investitionen der Unternehmen oder Neuanschaffungen der privaten Verbraucher. Damit wirkt die Geldpolitik weniger akkomodierend auf die Wirtschaft als bisher.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

TransportmarktBarometer: Kombiniertes Verkehr bleibt auf Wachstumskurs

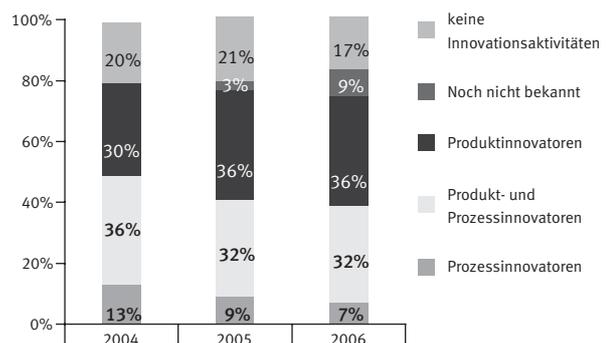


Quelle: ZEW

Die Experten des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW rechnen für das kommende Halbjahr mehrheitlich mit einem Anstieg des Transportaufkommens im kombinierten Verkehr (KV) von 1 bis 5 Prozent. Dabei ist besonders im innerdeutschen KV ein positives Stimmungsbild zu erkennen, der seit dem ersten Quartal 2006 die gleichen optimistischen Wachstumserwartungen wie der nationale Straßengüterverkehr aufweist. Vermutlich lässt sich dies mit dem breiten Angebot und der hohen Zuverlässigkeit der KV-Gesellschaften in diesem Marktsegment sowie mit den hohen Transportkosten des Straßengüterverkehrs begründen.

Dr. Georg Bühler, buehler@zew.de

Deutsche Chemiebranche überdurchschnittlich innovativ



Quelle: ZEW

In der Branche Chemie/Pharma/Mineralöl in Deutschland haben 80 Prozent der Unternehmen im Jahr 2004 Innovationen durchgeführt, während dieser Anteil im Durchschnitt des verarbeitenden Gewerbes lediglich bei 64 Prozent lag. Auch in den nächsten beiden Jahren wird sich am Verhältnis dieser beiden Quoten nicht viel ändern: 76 Prozent der Unternehmen der Branche Chemie/Pharma/Mineralöl planen zum Befragungszeitpunkt (Mitte 2005), auch im Jahr 2005 Innovationsprojekte durchzuführen. Für 2006 waren sich zum Befragungszeitpunkt bereits 73 Prozent der Unternehmen sicher, Innovationen durchzuführen.

Heide Löhlein, loehlein@zew.de

STANDPUNKT



Vertane Chance

Mittlerweile zeichnen sich die Konturen einer Umgestaltung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ab, wie sie die Bundesregierung im „Eckpunktepapier zur Gesundheitsreform“ vom 4. Juli 2006 offenbar anstrebt. Obwohl zahlreiche, nicht unwesentliche Details ihrer Klärung harren, lohnt sich eine erste Einschätzung.

Auf der „Leistungsseite“ der GKV befinden sich einige sinnvolle Vorschläge, die indes zu einem großen Teil bereits im GKV-Modernisierungsgesetz des Jahres 2003 angelegt worden waren und insoweit keine Neuerungen darstellen. So werden unter anderem die Arzneimittelpreise auf Höchstpreise umgestellt, sodass die Apotheken die Möglichkeit erhalten, mit den Herstellern niedrigere Preise zu vereinbaren. Zwar gibt es Leistungskürzungen bei „selbst verschuldeter Behandlungsbedürftigkeit“ (wie etwa bei Komplikationen durch Schönheitsoperationen, Piercing oder Tätowierungen), gleichzeitig werden die Leistungen im Bereich von Impfungen, der geriatrischen Rehabilitation und der Palliativversorgung ausgeweitet. Eine wirkliche Verschlankung des Leistungskatalogs wird jedoch nicht vorgenommen, etwa indem die Behandlungskosten für Unfälle beispielsweise aus Risikosportarten über freiwillige Zusatzversicherungen abzudecken sind, die allein der Versicherte zahlt. Analoges sollte dann für die Lohnfortzahlung seitens der Unternehmen gelten. Es ist nicht Sache des Arbeitgebers, für die Folgen verunglückter Drachenfliegerei oder Bungeejumping aufzukommen.

Auf der „Finanzierungsseite“ der GKV fällt das Urteil über die beschlossenen Eckpunkte vernichtend aus. Das beginnt bei der Einrichtung eines „Gesundheitsfonds“ und endet bei den konkreten Details zur Steuerfinanzierung.

Der „Gesundheitsfonds“ soll wie folgt funktionieren. Die Arbeitgeber führen die gesamten Sozialversicherungsbeiträge nicht mehr an die nahezu 250 verschiedenen Krankenkassen ab, sondern nur noch an die jeweiligen Einzugsstellen des Fonds im jeweiligen Bundesland. Das mag die Verwaltungs-

kosten bei den Unternehmen senken, damit sind aber schon die Vorteile des Gesundheitsfonds erschöpft.

Der Fonds überweist an die Krankenkassen für jeden Versicherten einen einheitlichen Betrag, wobei nach wie vor ein Risikostrukturausgleich in Form ergänzender Zuweisungen vorgenommen wird. Reichen die vom Fonds zugewiesenen Mittel bei einer Krankenkasse nicht aus, kann sie einen prozentualen einkommensbezogenen oder einen pauschalen Zuschlag erheben, der allerdings 1 v.H. des Haushaltseinkommens nicht überschreiten darf. Diese Regelung ist barer Unsinn. Das eigentliche Ziel eines Gesundheitsfonds, mit Hilfe von einkommensunabhängigen Pauschalen den Wettbewerb zwischen den Krankenkassen zu intensivieren, wird durch dieses Nebeneinander von einkommensunabhängigen und einkommensabhängigen Zuschlägen (und gegebenenfalls Abschlägen) glatt verfehlt, weil die Funktion unterschiedlicher Pauschalen als wettbewerbliches Preissteuerungssystem sich kaum entfalten kann. Mindestens ebenso schwer wiegt der Nachteil, dass die Beiträge nach wie vor an den Arbeitsentgelten festgemacht werden, mithin die Lohnzusatzkosten erhöhen. Arbeitsplatzverluste sind die Folge.

Geradezu grotesk muten die Maßnahmen zur Steuerfinanzierung der GKV an, welche die sprichwörtliche Schrittfolge einer Echternacher Springprozession noch überbietet: zwei zurück, einer nach vorn. Der Bundeszuschuss zur GKV zur Abdeckung der versicherungsfremden Leistungen wird von 4,2 Milliarden Euro im Jahr 2006 auf 1,5 Milliarden Euro im Jahr gekürzt und sollte gemäß Koalitionsvertrag im Jahr 2008 ganz entfallen. Nun erfolgt aber im Jahr 2008 ein erneuter Einstieg in die teilweise Steuerfinanzierung der GKV für die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern mit 1,5 Milliarden Euro (2009: 3 Milliarden Euro und danach weiter steigend).

Mit dieser vertanen Chance, eine Gesundheitsreform durchzuführen, die diesen Namen verdient, gerät die sozialpolitische Bilanz der Bundesregierung in eine bedenkliche Schiefelage.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu

Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2006